



MALXE BLATT



mit Herz und Schnauze

3/2010

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung



Immmer mehr Kommunen schauen in leere Kassen, die Deutsche Bank aber weist fürs vergangene Jahr einen Profit von 5 Milliarden Euro aus.

Ein Teil des Gewinns stammt übrigens aus den Schulden, die die öffentliche Hand machen musste, um die Großbanken vor den Folgen der von ihnen verursachten Finanzkrise zu retten. Statt finanzielle Verantwortung für das Desaster zu übernehmen, machen die Großbanken so weiter wie bisher. Und die schwarz-gelbe Politik macht mit. Seit Anfang Februar sind in der Bundesrepublik wieder sogenannte Leerverkäufe erlaubt, also »Wetten« auf steigende oder fallende Aktienkurse. Nicht genug damit, dass die Regierungskoalition bisher – von einem Schaufensterbeschluss zu Bankerboni abgesehen – nicht eine einzige

Banken sollen für Krise zahlen

wirksame Maßnahme gegen das Finanzcasino realisiert hat. Sie heizt dieses, im Gegenteil, sogar noch an. Das darf so nicht weitergehen. Das wäre unverantwortlich. DIE LINKE will deswegen die Banken mindestens zehn Jahre lang mit einer Sonderabgabe belegen und hat dazu in dieser Sitzungswoche einen Antrag »Die Banken sollen für die Krise zahlen« (Drs. 17/471) eingebracht. Darin wird eine Abgabe der Banken in Höhe von 0,15 Prozent bei Aktiva, die über 30 Milliarden Euro liegen, vorgeschlagen. Das würde Einnahmen von zwei bis drei Milliarden Euro jährlich bedeuten, die vor allem die großen Privatbanken zu zahlen hätten. Sparkassen und andere öffentliche Institute sind nicht betroffen. Das wäre, neben der Einführung der Börsenumsatz- und der Vermögenssteuer ein großer Schritt, um in diesem Land

endlich Steuergerechtigkeit herzustellen. Eine Krisenabgabe der Banken wird mittlerweile weltweit befürwortet. Ein namhafter Vertreter der Idee ist US-Präsident Barack Obama. Er bekräftigte seinen Willen, bei den Banken jeden Cent einzutreiben, den sie der Bevölkerung, direkt oder indirekt, schulden. Für die Deutsche Bank wird das voraussichtlich bedeuten, den US-Bürgerinnen und -Bürgern gut 500 Millionen Dollar wiedergeben zu müssen. Die Bundesregierung will davon nichts wissen. Offenbar gehören die Bürgerinnen und Bürger, die die Finanznöte der Städte und Gemeinden mehr und mehr zu spüren bekommen, nicht zur schwarzgelben Klientel.

Dr. Dagmar Enkelmann, MdB

Spruch des Monats

*»Manche zahlen für Geld
jeden Preis.«*

Graf Fito



Im Haushalt nichts Neues

Egal, ob die Wirtschaft boomt oder die Finanzkrise die Steuereinnahmen drückt, in Forst gibt es immer eine Konstante. Das

Haushaltsdefizit der Stadt steigt. In diesem Jahr um etwa eine Millionen Euro. Und in jedem Jahr gibt es ein Haushaltssicherungskonzept, indem steht, wann die Haushaltsschulden getilgt sind. Diesmal soll es 2019 sein. Im vergangenen Jahr war es 2018 und die Voraussage, dass es im kommenden Jahr 2020 sein wird, besitzt eine sehr hohe Wahrscheinlichkeit.

Forst ist nicht in der Lage, sein strukturelles Defizit zu schließen und noch weniger seine Schulden abzubauen.

Damit sind wir unter den deutschen Kommunen keine Besonderheit. Wer nicht über große Wirtschaftsansiedlungen verfügt, hat im deutschen Finanzsystem keine Chance, selbst wenn er

Jahr für Jahr die Bürger seiner Gemeinde mit immer neuen und höheren Gebühren und Abgaben belastet. Die Entschuldung der Städte und Dörfer kann unmöglich durch diese selbst geleistet werden. Eine solche Politik führt nur zur Verschlechterung der Lebensqualität. In Forst beläuft sich der Schuldenstand 2010 auf etwa 26 Millionen Euro.

Noch können wir soziale Einrichtungen wie Bäder und Jugendclubs offen halten. Aber was hat dies mit Sparen zu tun, wenn weitere Schulen geschlossen werden sollen oder wichtige städtische Objekte wie der »Forster Hof« dem Verfall preisgegeben werden.

Die Bundesregierung aus CDU und FDP will das Land mit weiteren Steuersenkungen erfreuen. Natürlich vor allem zu Gunsten derer, die auch etwas zu versteuern haben. Leistung muss sich schließlich wieder lohnen. Weniger Steuern bedeuten aber auch noch weniger Geld in den Gemeinden. Damit wird

in vielen Regionen die vorhandene Infrastruktur in Frage gestellt. Zum Ausgleich drehen dann in den Gemeinden die Finanzverantwortlichen und Bürgermeister an den Gebührenschaubeln oder erhöhen die lokalen Steuern. In Forst lässt sich dies besonders gut erkennen. Der FDP-Bürgermeister und sein CDU-Finanzvorstand versuchen hier die Steuergeschenke der Tigerentenkoalition im Bund zu korrigieren. Leute aus den gleichen Parteien erklären uns also, warum oben Steuern gesenkt und unten Steuern und Abgaben erhöht werden. Die in Forst verordneten Maßnahmen treffen die Bürger aber unabhängig von ihren Einkünften. Die Erhöhung der Grundsteuer bezahlt auch der Geringverdiener in einer Mietwohnung. Die Senkung des Essengeldzuschusses an unseren Schulen zwingt vor allem Familien zu weiteren Einschränkungen. ➤ S. 2

Schorschels Stadtgeflüster

Hallöchen, ihr frühlingshungrigen MB-Leser,
Kälte und Frost, keine neue Rosenkönigin und zu enge Straßen, dazu noch die Abkopplung der Stadt vom restlichen Europa durch den Bau des Kreisels, das muss einem ja die Stimmung verderben. Singen wir deshalb lieber gemeinsam ein Frühlingslied. Wie wär's mit:

»Frau Merkel und ein Esel,
die liegen nur im Streit,
so dass der liebe Wähler,
so dass der liebe Wähler,
so dass der liebe Wähler
die Wahl hat längst bereut!«

Es ist schon toll, was so aus den gebrauchten Bundesländern in die neuen Länder herübergeschwappt wird. Ganz vorbildlich ist dabei »unsere Vizekanzlerin«, der liberale Robin Hood, der allerdings im Gegensatz zu seinem historischen Vorbild die Armen bekämpft und die Reichen beschenkt. Da finde ich den aktuellen Vorschlag unserer Kanzlerin, den Managern als Bonuszahlungen kein Bargeld, sondern Gutscheine für Sachleistungen zu übergeben, schon besser – oder habe ich hier etwas verwechselt!? Für uns hier am Ort wünsche ich, dass endlich der Lenz seinen Einzug hält, die Umleitung nicht zu viel Probleme mit sich bringt, und an Stelle der Rosenkönigin könnte man ja einen Rosenkönig nehmen – Dieter I., das wäre doch mal was!

Euer Schorschel

Einladung

Liebe Leserinnen und Leser, wir laden alle Interessierten ein, mit uns gemeinsam am **30.03. um 18:00 Uhr in der Aula der Förderschule Forst (Pestalozzplatz)** über Strukturen und Arbeitsweise des Ministeriums für Staatssicherheit zu sprechen. Gastredner ist ein kompetenter Vertreter der Bundesbehörde für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der Außenstelle Frankfurt (Oder).

Inhalt dieser Veranstaltung: Ausführungen über die Entwicklung des MfS im Prozess der historischen Entwicklung der ehemaligen DDR geben einen Einblick in die komplexen pseudodemokratischen Strukturen. Ohne »schwarz/weiß-Betrachtung« werden die konkreten Phasen der gesellschaftlichen Entwicklung dargestellt und in Beziehung zur Entwicklung des MfS gesetzt. Durch die Darstellung von Arbeitsstrukturen, festen Zuständigkeiten kann der Mythos der angeblichen Alleinherrschaft des MfS im Staat anhand von Beispielen diskutiert werden. An konkreten Überlieferungs- und Fallbeispielen erhält der Zuhörer einen Einblick in die Arbeitsweise des MfS. Eine Diskussion soll diesem Vortrag folgen.

Anke Schwarzenberg
Ortsvorsitzende DIE LINKE

Im Haushalt ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Wenn im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft die Löhne nicht steigen, merken dies die Gewerbetreibenden in der Stadt zuerst.

Wie aber kann man eine solche Spirale stoppen?

Schuldenabbau geht nur von unten nach oben. Zuerst müssen die Gemeinden in Deutschland entschuldet werden, nur dann hätten alle Kommunen wieder gleichberechtigte Entwicklungschancen. Der Bund und die Länder aber haben den umgekehrten Weg ins Grundgesetz geschrieben. Ab 2019 sollen die Länder keine Schulden mehr machen dürfen

Liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Genossinnen und Genossen,

die Mehrheit des Bundestages hat heute (26.02.2010) die Fortsetzung des Krieges in Afghanistan entschieden. Mit diesem Votum stellt sich das Parlament ein weiteres Mal gegen den Willen der Mehrheit in Deutschland.

Der Krieg in Afghanistan ist der blutigste Einsatz der deutschen Armee seit dem Zweiten Weltkrieg. Zivilisten, die wir angeblich schützen wollen, werden in immer größerer Zahl durch westliche Truppen getötet. Das ist eine schreckliche Entwicklung. Die Eskalation des Konflikts bezeugt, dass man mit dem Afghanistan-Krieg keinen Frieden in der Region schaffen wird. Krieg ist nichts Abstraktes, sondern bedeutet tagtägliches Sterben. Hinter jedem Toten steht ein Schicksal, ein Gesicht, ein Name. Alle Abgeordneten, die heute dem Krieg zugestimmt haben, müssen wissen: Sie haben heute über Leben und Tod abgestimmt.

Ich unterstütze deshalb die heutige Aktion unserer Fraktion ausdrücklich, der zivilen Opfer des Krieges im Bundestag zu gedenken. Ein solches Mahnen sollte öfters und bewusster geschehen. Dazu ist insbesondere das Parlament ein geeigneter Ort. Das hat der Bundestagspräsident übersehen, als er unsere Fraktion mit einer juristisch-bürokratischen Entscheidung aus dem Plenum geschmissen hat.

Während ich die Entscheidung für eine Fortsetzung des Krieges zutiefst bedauere, hat die Debatte über den Umgang mit Steuerkriminalität diese Woche eine gute Wendung genommen. Viele sprechen sich dieser Tage für einen härteren Umgang mit Steuerhinterziehern aus. Das ist gut so. Denn Steuerkriminalität ist kein Kavaliersdelikt. Sie verdient alle Aufmerksamkeit und Durchsetzungsfähigkeit des Staates.

Steuerkriminalität schädigen das Gemeinwesen in seinem Kern. Diese Menschen lassen sich in der Regel kostenfrei in Deutschland ausbilden, nut-

und der Bund nur unter ganz besonderen Bedingungen. Die Ebenen, die über Finanzinstrumente verfügen, um einen fiskalischen Umbau des Staates zu organisieren, nehmen sich selbst jeden Handlungsspielraum. Die Kommunen sollen dies dann offensichtlich ausgleichen. Deren finanzpolitische Möglichkeiten sind jedoch drastisch eingeschränkt. Eine faire Verteilung der Steuereinnahmen ist kaum möglich. Wenn sich diese Entwicklung fortsetzt, wird in Städten und Kreisen auch weiterhin nur an den Symptomen herumgedoktert, ohne eine Möglichkeit zu wirksamen Veränderungen zu haben.

Ingo Paeschke,
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE
in der SVV Forst

zen die Infrastruktur und genießen die große Sicherheit auf unseren Straßen.

Zeitgleich entziehen sie diesem Staat, dessen Vorteile sie ihr Leben lang auskosten, das Geld, das er zum Handeln benötigt. Dieses Verhalten ist in höchstem Maß asozial, zeugt von Verantwortungslosigkeit und Respektlosigkeit gegenüber dem Gemeinwesen.

Dennoch behandelt der Staat Steuerkriminalität mit Nachsicht.

Steuerkriminalität wird als »Steuerhinterziehung« verniedlicht, Steuerkriminalität zu »Steuersündern« heruntergespielt. Derselbe Geist ermöglicht es, dass Steuerkriminalität bei einer Selbstanzeige gänzlich straffrei bleiben. Sie müssen dann nur die Steuerschuld und Zinsen an den Staat zahlen – werden aber ansonsten in keiner anderen Weise bestraft.

So viel Nachsicht kennt der Staat bei keinem anderen Delikt. Die Straffreiheit bei Selbstanzeige von Steuerkriminalität ist ein Fremdkörper im deutschen Strafrecht. Deshalb ist die Rechtfertigung dieses Umgangs mit Steuerkriminalität auch seit Jahrzehnten umstritten.

Aus meiner Sicht gehört die Straffreiheit für »reue« Steuersünder abgeschafft. Die Forderung, diese Straffreiheit abzuschaffen, ist gerade jetzt aktuell. Viele Steuerkriminalität haben dieser Tage kalte Füße und erstatten Anzeige gegen sich selbst. Strafmilderung sollte bei Selbstanzeige zwar weiterhin möglich sein – und doch muss es eine Strafe neben Geldzahlungen geben, die Steuerhinterzieher tatsächlich schmerzt. Die Nachzahlung selbst ist ja zumeist kein spürbares Problem für die oft sehr vermögenden Steuerkriminalen. ...

Ihr Wolfgang Nešković, MdB,
am 26.02.2010



In der Sitzung der AG Soziales am 10.02.2010 stand das Thema »Barrierefreiheit in der Stadt Forst« auf der Tagesordnung.

Zu diesem Zweck erläuterte Renate Flemmig von der Begegnungsstätte »unBehindert leben« die »UN-Konvention Barrierefreiheit und Barrierefreies Bauen« und sie gab einen Abriss über die Arbeit, die der Verein im Jahre 2009 leistete.

AG Soziales – DIE LINKE.

Die Mitglieder der AG Soziales nahmen die Informationen auf und erklärten sich bereit, die zu diesem Thema notwendigen Zuarbeiten zu leisten. Dabei sollen die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung und des Kreistages einbezogen werden. Ziel hierbei ist es, die Teilhabe von behinderten und älteren Men-

schen am täglichen Leben zu gewährleisten. Eine weiterführende Beratung zu diesem Thema soll im Monat Mai erfolgen.

Die nächste Sitzung der AG Soziales findet **am 14. April, um 18:30 Uhr** in der Geschäftsstelle Forst zum Thema »Hartz IV« statt. *A. Beckmann*

Das Programm »Die Soziale Stadt Forst« und die UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen

Der deutsch-polnische Behindertenbeirat »Beiderseits der Neiße« des Vereins »unBehindert leben Forst e. V.« setzt sich mit seiner Arbeit immer wieder für die Beseitigung von Defiziten bei der Durchsetzung der »Barrierefreiheit für ALLE« in der Stadt Forst und Umgebung ein.

Bei der Sensibilisierung für Probleme von Behinderten in unserer Stadt geht es nicht nur um die Einhaltung und Durchsetzung von Gesetzen, sondern auch um die Beseitigung von Barrieren in den Köpfen von Verantwortlichen der Politik und Verwaltung für die Stadt Forst und für ihr Umland.

Neben guten Beispielen, wie das neue Multifunktionale Veranstaltungszentrum mit der Gaststätte »Rosenflair« im Forster Rosengarten, das mit Unterstützung des Behindertenbeirates »Beiderseits der Neiße« **barrierefrei für ALLE** zugänglich gebaut wurde, gibt es aber auch noch offene Probleme.

Der Beirat will mit seiner Arbeit erreichen, dass mit dem Programm »**Die Soziale Stadt Forst**«, der Grundsatz »**Barrierefreiheit für ALLE**« in der Stadt Forst durchgesetzt wird.

In der UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen, die am 26. März 2009 in Deutschland in Kraft getreten ist, haben sich die Vertragsstaaten verpflichtet, Menschen mit Behinderungen ein Höchstmaß an Teilhabe in allen Bereichen des Lebens zu ermöglichen. Weltweit werden mit dieser Konvention erstmals die Rechte von mehr als 600 Millionen behinderter Menschen verbindlich festgelegt.

In Deutschland sind rund 10 Millionen Menschen betroffen.

Diese UN-Konvention ist jetzt in Deutschland geltendes Recht!

Bund und Länder haben sich damit (nach Artikel 4 der Behindertenkonvention) verpflichtet:

- die Menschenrechte von Menschen mit Behinderungen sicherzustellen;
- Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen zu verhindern;
- geeignete Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und sonstige Maßnahmen zu treffen, damit die Vorgaben der Konvention realisiert werden.

Auch Brandenburgs Regierung hat in ihrem Koalitionsvertrag klare Zeichen für das Recht behinderter Menschen auf volle Teilhabe gesetzt.

Sozialminister Günter Baaske sagte am 17.02.2010 in Potsdam vor kommunalen Behindertenbeauftragten: »Volle Teilhabe gehört zur Normalität unseres Alltags«. Zum Brandenburgischen Behindertengleichstellungsgesetz sagte der Minister weiter: »Das jetzige Gesetz aus dem Jahr 2003 hat sich bewährt. Doch es genügt nicht mehr den künftigen Anforderungen. Wir werden es ändern und der Lebenswirklichkeit anpassen«.

»Anliegen moderner Behindertenpolitik ist nicht mehr allein die Integration, sondern die **Inklusion**. Dieses Feld der Inklusion muss von vielen bestellt, in allen Politikbereichen verinnerlicht und von vornherein mit gedacht und mit geplant werden.« Daraus leiten sich auch für die Kommunalpolitik der Stadt Forst Aufgaben zur Schaffung einer **barrierefreien Lebensumwelt** ab: So z. B.:

- Erarbeitung von Plänen zur barrierefreien Stadtentwicklung unter Einbezie-

hung der betroffenen Bürger und ihrer Interessenvertreter in Verbänden und Beiräten

- Schaffung von qualifizierten Beratungsangeboten
- Schaffung des barrierefreien Zugangs Rathaus/Bürgeramt
- Verbesserung der Verkehrssituation Bereich Marktplatz / Überprüfung der Anzahl der Behindertenparkplätze
- Nutzung der Öffentlichen/Behinderten-toilette Friedrichplatz

Die Mitglieder des Behindertenbeirates sind für eine kooperative Zusammenarbeit mit allen Verantwortlichen unserer Region, um für diese Probleme gemeinsame Lösungen im Interesse der behinderten Menschen zu finden. *Renate Flemmig*

Vorsitzende des Vereins Begegnungsstätte »unBehindert leben Forst e. V.«

Sachkundiger Bürger des Bau- und Planungsausschusses der Stadtverordnetenfraktion DIE LINKE

Wir sparen nicht an unseren Kindern!

Das Ziel einer Stadt muss es sein, kontinuierlich zu wachsen und nicht das Potenzial, welches sie besitzt, durch Einsparungen am falschen Ende zu zerstören. Es muss also Ziel der Stadt sein, die Bildung zu optimieren und nicht, sie für die Kinder und ihre Eltern zu verkomplizieren!

Wo bleibt denn der Anreiz für junge Menschen in Forst zu bleiben, wenn man die Vielfältigkeit der Schulbildung zerstört. Heutzutage ist die Schulbildung das A und O unserer Entwicklung und ein oft unterschätzter wichtiger Punkt bei der Wahl des Wohnortes. Um eine gerechte Schulwahl für die Eltern zu ermöglichen, sollte die Eingrenzung durch Schulbezirke wegfallen, erst dann ist es möglich, durch die Resonanz der Anmeldungen zu entscheiden, wo Handlungsbedarf besteht. Es darf nicht um finanzielle Investitionen gehen, sondern im Vordergrund muss die Ausbildung stehen. Nicht die Vergangenheit muss finanziert werden, sondern die Zukunft unserer Kinder. Um alle Schulstandorte in Forst zu erhalten, müssen die Eltern der Kinder aller Forster Schulen eng zusammenarbeiten. Gemeinsam mit den jeweiligen Fördervereinen und Kindergärten können Konzepte für die Schulerhal-

tung ausgearbeitet werden. Es ist nicht richtig, alles vom Schreibtisch aus zu entscheiden, sicher müssen Kosten gesenkt werden, sicher ist aber auch, dass dies nicht auf Kosten unserer Kinder geschehen darf. Wir wollen den Wegzug unserer Menschen verhindern, verschlechtern aber die Grundlagen für ein zufriedenes Leben am Ort. Ziel muss deshalb sein, die Wirtschaft stärker anzukurbeln und nicht das Geld für die Schulbildung einzusparen. Rand-/Landschulen gibt es seit über 100 Jahren, was also solange funktionierte, hat seinen Grund und muss deshalb in die Entscheidung jedes einzelnen Stadtverordneten mit einfließen. Gute Bildung ist nur möglich, wenn der Rahmen und das Umfeld stimmen. So sind doch eher kleine Klassen von Vorteil, in denen ein optimaler und anschaulicher Unterricht stattfinden kann, so wie es auch das Bildungsministerium vorschlägt. Eine Zusammenarbeit von Eltern, Verein und Schule sollte die Bildung so optimal wie möglich gestalten. Unsere Kinder sollten in einer sicheren Umgebung mit kurzen Schulwegen aufwachsen, denn Schule muss wieder Spaß machen. *Kai Grund*

Fraktion DIE LINKE der SVV Forst

Newsletter

Artikel 1 Grundgesetz trägt sozialistische Züge

FDP-Chef Guido Westerwelle meint, das aktuelle Hartz-IV-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes trage »sozialistische Züge«. Dazu erklärt Petra Pau, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE:

Jeder, der Artikel 1 Grundgesetz – die Würde des Menschen ist unantastbar – wichtiger nimmt, als sein eigenes Ego, trägt sozialistische Züge. Das sollte die selbsternannte Freiheits-Statue Deutschlands eigentlich wissen.

Berlin, den 11. Februar 2010

FDP oder LINKE – dazwischen gähnt Grau

Die FDP hat die »Hartz IV«-Debatte neu belebt. Dazu erklärt Petra Pau, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE:

Westerwelle sei Dank. Er schafft Klarheit. Die FDP will Arbeitslose knechten, DIE LINKE hält »Hartz IV« für würde-

los. Die FDP schürt Sozialneid, DIE LINKE will Solidarität. Die FDP attackiert den Sozialstaat, DIE LINKE verteidigt das Grundgesetz. Das ist der Unterschied. Gelb oder richtig Rot, das ist die aktuelle Frage. Dazwischen gähnt Grau.

Berlin, den 20. Februar 2010

Parteispenden und Sponsoring: Alle nur gekauft?

Nach und nach kommen immer mehr Fälle verkaufter Demokratie auf den Tisch. Die CDU verkauft Gesprächstermine mit ihren Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers (NRW) und Stanislaw Tillich (Sachsen).

Auch die SPD lässt sich und ihre Parteitage von Großunternehmen sponsern.

Den Vogel aber hat die FDP abgeschossen: FDP-Chef Guido Westerwelle hat sich als Oppositionspolitiker von einer Liechtensteiner Bank bezahlen lassen, die durch hundertfache Beihilfe zum Steuerbetrug in die Schlagzeilen geriet. »Politik wird nicht mehr gewählt, sondern gekauft«, erklärte Gesine Löttsch, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Bundestag. DIE LINKE fordert ein Verbot von Unternehmensspenden an Parteien, und sie ist weiterhin die einzige Partei, deren Politikerinnen und Politiker man nicht kaufen kann.

PINNWAND

Termine

in der Geschäftsstelle Berliner Straße 22
Di., 16.03., 18:30 Uhr: **Sitzung Stadtfraktion**
Di., 23.03., 18:30 Uhr: **Ortsvorstandssitzung**
Mo., 12.04., 18:30 Uhr: **AG Malxe-Blatt**

2. Tagung des 2. Kreisparteitages Kreisverband DIE LINKE. Lausitz am 20. März 2010

von 14:00 bis 18:00 Uhr
im Stadthaus Cottbus, Altmarkt 21



Geburtstage

13.03.: 67 Jahre, Konrad Opitz
27.03.: 88 Jahre, Fritz Standfest
11.04.: 65 Jahre, Wilfried Krüger

*Herzlichen Glückwunsch unseren Jubilaren,
auch all jenen, die hier nicht genannt sind!*

Gesellschaftsereignis

Um den 6,7 Millionen Hartz-IV-Empfängern ein »Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben« zu ermöglichen, denkt die Regierung nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts darüber nach, sie auf Wochenmärkten öffentlich auszustellen. **MK**

Vernichtungsstrategie

Um in Afghanistan, das militärisch bekanntlich unschlagbar ist, noch einen Blumentopp zu gewinnen, sollen nun 200 im Dienst auf unseren Straßen gereifte Polizeiausbilder für »selbsttragende Sicherheit« sorgen. Sie sollen jungen afghanischen Polizisten zeigen, wie man Parksünder schikaniert und wie ein Wardreieck aufgestellt wird. Hauptzweck ist aber ein anderer: Man hofft, dass sich die Taliban darüber totlachen.

Thomas Christian Dahme

Rechtsberatung zu Hartz IV

RA Michael Elte berät am **19. April** ab 10 Uhr
in der Geschäftsstelle der LINKEN, Berliner Straße 22

Terminvereinbarung telefonisch oder persönlich
jeweils Di. und Do. von 14 bis 17 Uhr, ☎ (03562) 69 34 34 oder 78 52.

Beratungsgebühr zwischen 5 und 10 €.

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
oder im

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Internet: www.dielinke-lausitz.de
E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.